

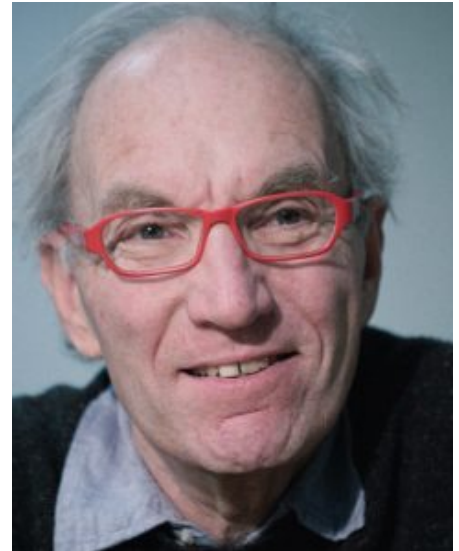
Zwei Städte mit Bildungsproblemen, zwei Wahlkämpfe ohne Bildungsthemen

Category: Blog

geschrieben von Alain Pichard | 25. September 2020



Alain Pichard. Lehrer
Sekundarstufe 1,
Orpund (BE): In Basel
aufgewachsen, seit
über 40 Jahren in Biel
wohnhaft.



Roland Stark, ehem. SP-
Parteipräsident der Sektion
Basel-Stadt,
Grossratspräsident,
Heilpädagoge

Gewaltige Unterschiede

Auf den ersten Blick könnten die Unterschiede nicht frappanter sein. Im Nordwesten eine reiche Chemiemetropole, in der 200'000 Menschen leben, am Jurasüdfuss eine einst stolze und heute verarmte Uhrenstadt mit 55'000 Einwohnern. Die Stadt am Rhein budgetiert sogar dieses Jahr einen Überschuss von 140 Millionen Franken und weiss nicht, was sie mit dem Geld anfangen soll, die Stadt am Bielersee hat mittlerweile 800'000 Fr. Schulden und prognostiziert einen Steuereinbruch von 40 %.

Die Stadt-Basel ist zugleich ein Kanton, während die Stadt Biel eine Gemeinde des grossen Kantons Bern ist.

Die Stadt Basel gibt pro Schülerin und Schüler 20'000 Fr. aus (was zusammen mit dem Stadtkanton Genf einsame Spitze bedeutet), der Kanton Bern, dem die Stadt Biel angehört, bringt es gerade einmal auf 12'000 Fr.

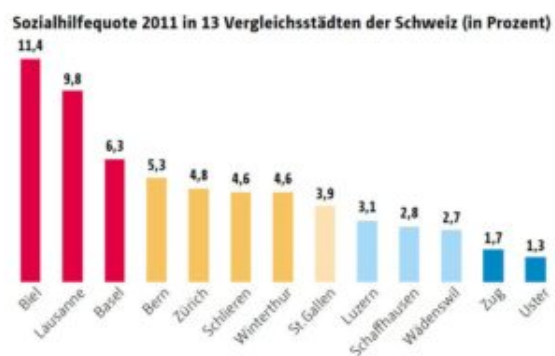
Die Gemeinsamkeiten



Miserable Schulleistungen bei den ÜGK 2019.

Es gibt aber auch Gemeinsamkeiten, welche die beiden Städte verbinden. Beide werden seit Jahren von einer links-grünen Mehrheit regiert, beide haben sie viele Migrantenkinder einzuschulen und beide sind auf ihre Art Spitzenreiter.

Die Stadt Basel führt seit Jahren die Tabelle der schlechtesten Schulleistungen in allen Checks, Tests und Kontrollen an und die Stadt Biel hält seit Jahren den Spitzenplatz bei den Sozialstatistiken. 11% seiner Einwohner sind von der Fürsorge abhängig, jeder 5. Jugendliche bezieht Unterstützungsleistungen. Beide Städte haben einen markant hohen Anteil von Lernenden in der schwächsten Lesegruppe und diese werden nach neun Schuljahren unsere Schule vermutlich als Illetristen verlassen. In beiden Städten machen nur 30% nach der 9-jährigen Volksschule eine Lehre. In beiden Städten werden Eltern und Schüler mit der verkorksten Mehrsprachendidaktik à la Passepartout gequält und in beiden Städten loben die Bildungsdirektoren ihre Lehrpersonen in höchsten Tönen als die besten im Lande.



Biel: Seit Jahren an der Spitze

In beiden Städten traut man aber den Lehrkräften nicht besonders, vor allem, wenn sie sich an die Öffentlichkeit wenden. In Biel versuchte man es mit einem Kommunikationskonzept (das allerdings inzwischen schubladiert wurde), in Basel werden unbotmässige Lehrkräfte des Öfteren und unter peinlichem

Schweigen der Lehrerorganisationen zitiert und zu demontieren versucht.

In beiden Städten finden derzeit Wahlen statt. In Biel kommenden Sonntag, in Basel im Oktober und in beiden Städten scheinen die oben erwähnten Bildungsprobleme keine Rolle zu spielen, vor allem nicht bei den Parteien des rot-grünen Spektrums. Obgleich in der Öffentlichkeit, vor allem von den betroffenen Eltern, schulische Probleme und bildungspolitische Anliegen häufig kontrovers diskutiert werden, spielen diese Themen im Basler Wahlkampf keine Rolle.

Mit den geleiteten Schulen entstand eine neue Korporalelite, welche den Auftrag hatte, quasi als Scharnier die reibungslose Umsetzung von Reformen zu garantieren. Firmen wie Price Water Cooper entwickelten sogenannte Change Management-Konzepte.

Bildung war einmal ein Kernanliegen der linken Parteien



Linke Lehrer schlossen sich den VPOD-Lehrergruppen an.

Angesichts der Historie überrascht dies. In den 70er Jahren waren Bildungsfragen en vogue. Die SP hatte mehrere Arbeitsgruppen, die sich mit Chancengleichheit, Noten, Selektion und Demokratisierung des Unterrichts beschäftigten. Junge, linke Lehrkräfte organisierten sich nicht mehr in den altehrwürdigen Standesorganisationen, sondern zogen die aufmüpfigen neu gegründeten VPOD-Lehrergruppen oder die POCH-nahe Gewerkschaft Erziehung vor. Markante linke Persönlichkeiten prägten die Bildungsdebatte (Felix

Mattmüller in Basel, Arthur Villard in Biel), Initiativen wurden gestartet, Schulsysteme durchlässiger gemacht.

Harmos veränderte fast alles

In den 90er Jahren veränderte sich die Stimmung markant. Sinnigerweise ging diese Entwicklung einher mit der massiven Ausweitung der Bildungsausgaben. Es wurden Fachstellen à gogo gegründet, die Lehrerbildung wurde universitär umgebaut, viele neue Lehrerkategorien entstanden (individuelle Förderung, Assistenzlehrer, DaZ-Lehrkräfte), vor allem aber entstanden in den kantonalen Erziehungsdirektionen neue Planungsstellen mit dem Auftrag, Konzepte für ein umfassendes Bildungsmonitoring zu entwickeln. Die OECD-Ideologie der Vergleichbarkeit und des Outputs schlich sich allmählich in den schulischen Alltag. PISA-Tests führten zu aberwitzigen Interpretationen und lösten eine Reformhektik aus, welche die Lehrkräfte vor Ort regelrecht durchrüttelten. Mit den geleiteten Schulen entstand eine neue Korporalelite, welche den Auftrag hatte, quasi als Scharnier die reibungslose Umsetzung von Reformen zu garantieren. Firmen wie Price Water Cooper entwickelten sogenannte Change Management-Konzepte. HarmoS schliesslich brach den einst wilden Reformeifer der linken Parteien vollends. Zahlreiche Lehrkräfte und linke Bildungswissenschaftler wechselten die Seiten, tauschten das harte Geschäft des Unterrichts mit Bürojobs in der Verwaltung. Es entstand die berüchtigte Allianz von Politik, Verwaltung und Wissenschaft, deren Ziele Kontrolle und Auftragsicherheit waren. Das einstmalige Kernthema Bildung und Erziehung verschwand innerhalb der SP fast vollständig von der Bildfläche.

Schweigen und Ersatzreligion



Katja Christ, GLP, eine Ausnahme.

So erstaunt es nicht, dass gerade in den linken Parteien bezüglich Bildung keine frischen Ideen mehr entstehen, um die real existierenden Probleme zu lösen.

Irgendwie macht sich ein Fatalismus breit.

In der Stadt Basel kämpft neben den ehemaligen SP-Präsidenten Daniel Goepfert und Roland Stark einzig noch die grünliberale Katja Christ gegen diese Entwicklungen an und bot etwa dem damaligen Bildungsdirektor Christoph Eymann die Stirn im Kampf gegen das Lehrmittel Passepartout. Sie wurde mit der Wahl in den Nationalrat belohnt, ein Zeichen dafür, dass Bildungsthemen durchaus auf ein Interesse stossen. Denn wenn Eltern das Gefühl haben, dass ihre Kinder in der Schule nichts mehr lernen, werden sie nervös.

In Biel hat man derweil eine bildungspolitische Ersatzreligion gefunden. Alle Parteien setzen sich für den Bilinguismus ein. Man will, dass die Schüler der zweisprachigen Seelandmetropole auch zweisprachig unterrichtet werden. Das führt mitunter zu grotesken Überschneidungen in den Wahlprospekten.

Die Grüne Partei hat neben dem Bilinguismus überhaupt keine Bildungspositionen.

So lässt sich in den FDP- und SP-Traktaten unabhängig voneinander der Satz finden: «Bilinguismus ist die DNA der Stadt Biel».



Bilinguismus als Ideologie

Die Grüne Partei hat neben dem Bilinguismus überhaupt keine Bildungspositionen. Bei der GLP findet man immerhin noch der Satz: «Bildungsinvestitionen müssen direkt im Unterricht ankommen und nicht in neue Fachstellen investiert werden».

Lehrmittelfreiheit, Ausstieg aus dem Passepartout-Konzept, Investitionen in das

Teamteaching, Rückfahren der Testmanie, Eindämmung der zahlreichen Beratungsstellen und Umschichtung der Geldmittel, Methodenfreiheit usw. Bildungsthemen gäbe es genug.

Der Sündenfall

So wurde in Biel unter einer linken Regierung sogar eine staatliche finanzierte Privatschule im Mittelstandquartier Beaumont eingerichtet, mit Zulassungsbeschränkung, während die Aussen- quartiere die gesamte Wucht der Migration zu schultern haben. Einen krasserem Verrat an den ureigenen Prinzipien linker Bildungspolitik kann man sich kaum mehr vorstellen.

Lehrmittelfreiheit, Ausstieg aus dem Passepartout-Konzept, Investitionen in das Teamteaching, Rückfahren der Testmanie, Eindämmung der zahlreichen Beratungsstellen und Umschichtung der Geldmittel, Methodenfreiheit usw. Bildungsthemen gäbe es genug.

Die Karawane der linken Parteien und ihrer Repräsentanten zieht in neue Gefilde. Klimapolitik, Kampf für das Velo, Verkehrspolitik, Baupolitik, Mieten, Energiepolitik sind die aktuellen «Schlachtfelder».



Basel: Dunkle Wolken trotz unermesslicher Geldquellen.

In der Stadt Basel mit ihren zurzeit unermesslichen Geldquellen kann dies noch einige Zeit gut gehen. Man rekrutiert seine Lehrlinge eben aus den

Nachbarkantonen und stellt das Heer der unzureichend ausgebildeten Schulabgänger mit zahlreichen Integrationsschleifen ruhig.

In Biel hingegen könnte sich diese Politik früher rächen. Dann nämlich, wenn man merkt, dass der Arbeitsmarkt, gute Leser und Mathematiker verlangt und als erste Fremdsprache Englisch als unabdingbar erachtet. Und das Geld für die Ruhigstellung der noch zu integrierenden jungen Menschen ist in Biel ohnehin kaum vorhanden.

In beiden Städten geht es aber um die Chancengerechtigkeit und den essentiell wichtigen Bildungserfolg vieler Kinder aus der unterprivilegierten Schicht, vor allem aus den Migrantengruppen. Sie ständig zu den Sündenböcken einer verfehlten Bildungspolitik zu machen, ist keine Option. Diese Kinder sind willig, bildungshungrig und entwicklungsfähig. Man darf sie nicht mit billigen Pseudoparolen oder Sonntagspredigten abspeisen.

Alain Pichard und Roland Stark